

569/J XXI.GP

Anfrage

der Abgeordneten Inge Jäger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend den weiteren Ausbau der Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie

Nach Jahren langer Vorbereitung durch Expertinnen für die Arbeit gegen Gewalt in der Familie, durch Expertinnen und Experten des Innen-, des Frauen- und des Justizministeriums wurden in mehreren österreichischen Städten Interventionsstellen gegen Gewalt in der Familie als wichtigste Begleitmaßnahme zum Gesetz gegen Gewalt in der Familie eingerichtet. Sowohl Medienberichten als auch den Berichten von KooperationspartnerInnen und KlientInnen ist zu entnehmen, dass diese Einrichtungen zu einem unverzichtbaren Bestandteil des sozialen Netzes, des psychosozialen und rechtsinformativen Angebots geworden sind, die dringend ausgebaut werden müssten, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden. Angesicht der Sparpläne der Regierung besteht die Sorge, dass der laufende Betrieb geschweige denn der notwendige Ausbau durch ausreichende Mittel sichergestellt ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den zuständigen Bundesminister für Inneres nachstehende

Anfrage

- 1) Sind Sie an einem Ausbau der Interventionsstellen - sowohl der bereits bestehenden als auch der Einrichtung neuer Interventionsstellen interessiert?
- 2) Welche Pläne für den weiteren Ausbau der Interventionsstellen liegen in Ihrem Ressort vor?
- 3) Welcher Betrag ist im Budget Ihres Ministeriums für das laufende Jahr 2000 für die Interventionsstellen vorgesehen?
- 4) Wie sind die Mittel aufgeteilt?
- 5) Wer beteiligt sich neben Ihrem Ressort an der Finanzierung?